



Für ein gerechtes, starkes, handlungsfähiges und bürgernahes Europa

Deutsche Verantwortung in und für Europa

Vorschläge des SPD-Ortsvereins Brüssel

Aufbauend auf ihren Grundwerten „Freiheit, Solidarität, Gerechtigkeit“ will die SPD eine politische, demokratische und sozial gerechte Union. Europa, die Europäische Union und die Integration ihrer Mitgliedstaaten sind für die politische Zukunft Deutschlands unverzichtbar.

Nur wenn es gelingt, die Stärkung der globalen Wettbewerbsfähigkeit Europas mit dem Erhalt des europäischen Sozialmodells zu verbinden, werden die Bürger erneut zu einer Identifikation mit der Union finden.

Dieses Sozialmodell – das trotz seiner unterschiedlichen Ausgestaltung in den Mitgliedstaaten der Union im Kern einen gemeinsamen Bestand an Rechten sichert – schützt das Recht auf Arbeit, tritt ein für ein hohes soziales Niveau, setzt sich erfolgreich ein für die Gleichheit der Geschlechter und ist gegen soziale Ausgrenzung in der Gesellschaft und im Arbeitsprozess gerichtet, gerade von älteren Menschen, Menschen mit Behinderungen, von Minderheiten und Migranten. Es gewährleistet öffentliche Investitionen in Bildung, in hochwertige soziale und öffentliche Dienstleistungen und in Infrastrukturen und gewährleistet den Zugang zu ihnen.

Gerade angesichts der Krise muss sozialdemokratische Europapolitik in einem gemeinsamen europäischen Sozialmodell Antworten entwickeln auf die großen, europaweiten Herausforderungen, die sich durch die Globalisierung, durch die hohe Arbeitslosigkeit, durch den demographischen Wandel und durch die wachsenden Ungleichheiten in der Einkommensverteilung ergeben. Die SPD setzt sich dafür ein, diesen Teil europäischer Politik zu erhalten und zu einer sichtbaren Grundlage der Europäischen Union aufzuwerten.

Deswegen schlägt der Ortsverein Brüssel der SPD Maßnahmen für ein gerechtes, handlungsfähiges, starkes und bürgernahes Europa vor. Dem Positionspapier ist ein zentraler Forderungskatalog für die Bundestagswahlen 2013 vorangestellt.

Brüssel, April 2013

Zusammenfassung

Für ein gerechtes Europa brauchen wir

- eine Solidaritätsunion zur Angleichung der Lebensverhältnisse innerhalb Europas sowie einen starken Europäischen Sozialfonds zur besseren sozialen Eingliederung und für die Chancengleichheit benachteiligter Personen;
- Wohlstandsindikatoren als Alternative zur einseitigen Orientierung auf rein materielles Wachstum;
- hohe soziale Standards, die in den Verträgen festgeschrieben werden;
- eine leistungsstarke öffentliche Daseinsvorsorge, die für alle Bürgerinnen und Bürgern Zugang zu öffentlichen oder gemeinnützigen Infrastrukturen und Dienstleistungen gewährleistet;
- eine Bankenunion, die einen europaweiten Abwicklungs- bzw. Einlagensicherungsfonds umfasst, unter angemessener Beteiligung von Anteilseignern und Kreditgebern.

Für ein starkes und handlungsfähiges Europa brauchen wir

- eine Politik der industriellen Erneuerung, die verschiedene EU-Initiativen unter einem Dach zusammenführt und in der ganzen EU greift;
- eine europäische Regionalpolitik, die schwerpunktmäßig auf industrielle Erneuerung und innovationsgetriebenes, nachhaltiges Wachstum ausgerichtet wird;
- eine stärkere Kohärenz und Einheitlichkeit der EU-Außenbeziehungen, einen fairen Wettbewerb um Schlüsseltechnologien mit unseren internationalen Wirtschaftspartnern, ausgewogene Außenhandelsbeziehungen mit demokratischen Grundrechten, Arbeitnehmerrechten und Umweltschutz als integralen Bestandteilen.

Für ein bürgernahes Europa brauchen wir

- eine klarere Kommunikation über die Europäische Union, ihre Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten;
- die Stärkung und institutionelle Verankerung des zivilen Dialogs und der Förderung des bürgerschaftlichen Engagement auf europäischer und nationaler Ebene;
- das Recht für EU-Bürger, die in einem anderen Mitgliedstaat dauerhaft ansässig sind, auch an Regionalwahlen (Landtagswahlen) teilnehmen zu dürfen, zusätzlich zu dem bereits existierenden Kommunal- und Europawahlrecht;
- eine aktivere Rolle der EU-Delegationen beim konsularischen Schutz der EU-Bürger, insbesondere für jene, deren Heimatstaat keine Vertretung unterhält, sowie in Krisensituationen.

1. Ein gerechtes Europa

Neue Wege für ein gerechtes und soziales Europa

Gerechtigkeit und Solidarität sind unerlässliche Voraussetzungen für Glaubwürdigkeit des politischen Europas und seiner Akzeptanz durch die Bürgerinnen und Bürger. Die starken Kürzungen staatlicher Ausgaben zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise haben in den betroffenen Ländern schwere soziale Spannungen erzeugt. Eine als ungerecht empfundene Europapolitik verliert ihre Legitimität und die EU dadurch den notwendigen Rückhalt bei der Bevölkerung.

Wer ein gerechteres Europa will, muss auch die Rolle des wirtschaftlichen Wachstums neu definieren. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass blindes Vertrauen in Wachstum als Garant für Gerechtigkeit falsch und gefährlich ist, denn Wachstum allein kann Verteilungsprobleme nicht oder nur sehr bedingt lösen. Ungebremses Wachstum führt darüber hinaus zu neuen Problemen (Ressourcenknappheit, Klimawandel), die Wachstum grundsätzlich in Frage stellen. Deswegen müssen wir weg von der einseitigen Orientierung auf rein materielles Wachstum. Geeignete Wohlstandsindikatoren müssen die alleinige Orientierung auf das Bruttoinlandsprodukt ablösen und auf diese Weise den Übergang zu einer nachhaltigen Form des Wachstums ermöglichen, die klimakompatibel und ressourceneffizient ist, gleichzeitig aber auf die Verminderung sozialer Ungerechtigkeiten abzielt.

Unsere Forderungen:

- Wir halten die Schaffung einer Solidaritätsunion für unerlässlich. Dies bedeutet die Angleichung der Lebensverhältnisse nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch innerhalb Europas. Die Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Mitgliedstaaten muss ebenfalls zu einem unverbrüchlichen Bestandteil der EU werden.
- Wir setzen uns ein für eine leistungsstarke, solidarisch finanzierte öffentliche Daseinsvorsorge, um den Bürgerinnen und Bürgern einen gleichberechtigten Zugang zu Gesundheit, sozialen Diensten, Bildung, Kultur, Energie- und Trinkwasserversorgung (und Entsorgung), öffentlichem Personennah- und -fernverkehr und anderen Dienstleistungen und Gütern zu sichern. Wir sind der Auffassung, daß solche lebenswichtigen Gesellschafts- und Wirtschaftsbereiche weder den Binnenmarktregeln unterliegen, noch Gegenstand von internationalen Handelsabkommen der EU sein sollen.
- Wir kritisieren die wenig ambitionierten Ziele der Bundesregierung im Nationalen Reformprogramm, welches vor allem bereits bestehende Maßnahmen aufzählt. Zur europaweiten Erreichung insbesondere der sozial- und beschäftigungspolitischen

Ziele der Europa 2020 Strategie¹ muss Deutschland als größte Volkswirtschaft Europas führend sein.

- Die zunehmende Segmentierung des Arbeitsmarkts, auch in Deutschland, schafft mehr Prekarität und Armut. Daher fordern wir konkrete und messbare Zielsetzungen im Bereich der Beschäftigung, einen Mindestlohn und Maßnahmen für geringqualifizierte Arbeitnehmer und Migranten, Herstellung von Bildungsgerechtigkeit (z. B. längeres gemeinsames Lernen), ein ehrgeizigeres Schulabbrecherquoten-Ziel als unter 10%, einen weitreichenderen Armutsbegriff als den Indikator „Haushalte ohne Arbeit“, auf den sich die jetzige Bundesregierung bezieht, und eine Berücksichtigung der Erwerbstätigenarmut.
- Unser Wohlstand heute darf nicht den Wohlstand zukünftiger Generationen aufs Spiel setzen. Der Ressourcenverbrauch in Deutschland übersteigt die Regenerationsfähigkeit der Erde um das 2,5-fache, global gesehen verbrauchen wir in acht Monaten soviel, wie die Erde in einem Jahr zu reproduzieren in der Lage ist. Das heißt, ein Drittel des Jahres lebt die heutige Generation auf Kosten der nachfolgenden Generationen, indem Umwelt und Ressourcen verbraucht werden, die den nachfolgenden Generationen nicht mehr zur Verfügung stehen werden.
- Das Ziel der Gleichstellung von Mann und Frau, einer der Grundwerte der EU seit 1957, ist auch nach 60 Jahren auf dem Arbeitsmarkt leider immer noch nicht erreicht. Zwar sind europaweit heute fast 60 Prozent aller Frauen berufstätig, ihre Bezahlung und Karrierechancen bleiben jedoch immer noch hinter denen ihrer männlichen Kollegen zurück (16,2% weniger Lohn in 2010). Die Gleichstellung von Frau und Mann bleibt ein sozialdemokratisches Anliegen und sollte auch in der Koordinierung europäischer Wirtschaftspolitik stärkere Berücksichtigung finden. Sie hat in einigen EU-Mitgliedstaaten bereits zur signifikanten Erhöhung des Frauenanteils geführt. Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der alle mit vergleichbarer Ausbildung und gleichem Engagement ungeachtet ihres Geschlechts und sozialer Herkunft die gleichen Chancen zur gesellschaftlichen Teilhabe bekommen.

¹ Die Europa 2020-Ziele umfassen die Beschäftigungsquote, Investitionen in Forschung und Entwicklung, eine 20%-Reduzierung von CO₂-Emissionen, einen 20%-Anteil der erneuerbaren Energien, 20% Steigerung der Energieeffizienz, Bildungsziele sowie die Senkung der Armut um mindestens 20 Millionen Menschen europaweit.

Mut und Verantwortung – Für eine gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik in Europa

Aus Solidarität mit unseren Partnern, aber auch aus eigenem nationalem Interesse muss eine politisch und wirtschaftlich starke EU sowie die Stabilität und Integrität des Euroraums herausragendes Ziel deutscher Politik sein. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung muss europäische Perspektiven entwickeln und ihre wirtschaftspolitische Vorreiterrolle verantwortungsvoll wahrnehmen. Die deutsche Wirtschaftspolitik muss eine mutige und überzeugende Politik verfolgen, die Solidität mit Solidarität verbindet, indem sie die Sanierung der Staatsfinanzen mit der Förderung einer wirtschaftlichen Erholung in Europa verbindet.

Unsere Forderungen:

- Die Finanzmarktregulierung in Europa muss vereinheitlicht werden, etwa auf Basis des Liikanen-Reports.² Dagegen sind nationale Alleingänge, wie derzeit von der amtierenden Bundesregierung angestrebt, strikt abzulehnen.
- Der Verbraucherschutz für Finanzprodukte muss deutlich gestärkt werden, z.B. durch einen „TÜV“ und ein allgemeines Provisionsverbot, wie es z.B. in den Niederlanden und in Großbritannien bereits ab diesem Jahr gilt.
- Der Teufelskreis zwischen angeblich „alternativloser“ Bankenrettung und nationalstaatlicher Verschuldung muss durchbrochen werden. Dazu ist eine umfassende Bankenunion³ notwendig, die neben der gemeinschaftlichen Aufsicht über alle europäischen Banken langfristig auch einen europaweiten Abwicklungs- bzw. Einlagensicherungsfonds umfasst. Dabei muss sichergestellt werden, dass Banken über eine Bankenabgabe, aber auch Anteilseigner und Kreditgeber angemessen an den etwaigen Kosten beteiligt werden, ohne die Stabilität des Finanzsystems zu gefährden.
- Der Abbau der (finanzkrisenbedingten) Staatsverschuldung in den EU-Mitgliedstaaten muss als gemeinschaftliche Aufgabe angesehen werden. Die notwendige partielle und temporäre gemeinschaftliche Haftung für Staatsschulden kann dabei über einen europäischen Schuldentilgungsfonds⁴ bewerkstelligt werden.

² Report of the European Commission's High-level Expert Group on Bank Structural Reform ("Liikanen-Report") vom 2. Oktober 2012

³ Die Finanzmarktaufsicht sollte dabei nicht bei der EZB, sondern bei einer eigenständigen, neu zu gründenden Institution angesiedelt sein, um Interessenskonflikte zu vermeiden.

⁴ Hierbei wird der Teil der Staatsschulden, der 60% des Bruttoinlandsprodukts übersteigt, in einen gemeinsamen Fonds überführt und im Außenverhältnis gesamtschuldnerisch über einen Zeithorizont von ca. 25-30 Jahre getilgt (Gemeinschaftsanleihen). Die Teilnehmerländer verpflichten sich untereinander, ihren jeweiligen Schuldenanteil zu tilgen, in dem z.B. zukünftige Steuereinnahmen für diesen Zweck verpfändet werden.

Für eine gerechte und qualitativ hochwertige Beschäftigung in Europa

Prekäre Beschäftigung, häufig auch als „atypische“ Beschäftigung bezeichnet, unterscheidet sich aufgrund der schlechteren sozialen Absicherung von „normalen Arbeitsverhältnissen“ und bezieht sich besonders auf Leiharbeit, befristete Beschäftigung und Minijobs. Daher fordern wir mehr unbefristete, angemessen bezahlte und sozialversicherte Beschäftigung in Deutschland und Europa: „Faire Löhne für gute Arbeit!“

Mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 22% ist die europäische Jugend doppelt so hoch von Arbeitslosigkeit betroffen wie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allgemein. In einigen Ländern hat die Jugendarbeitslosigkeit zudem dramatische Ausmaße mit Quoten über 50% angenommen. Zudem sind 7,5 Millionen Jugendliche in Europa weder in Beschäftigung noch in irgendeiner Form von Ausbildung. Junge Frauen sind davon besonders betroffen. Deutschland wird im europäischen Vergleich dagegen häufig als positives Beispiel genannt, insbesondere wegen der positiven Effekte der dualen Berufsausbildung. Doch ändert das nichts an der Tatsache, dass auch in Deutschland immer mehr junge Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger oft atypisch beschäftigt sind: unbezahlte Praktika, befristete Verträge, keine Übernahme nach der Ausbildung, Teilzeitbeschäftigungen sind nicht nur ein europäisches Problem, sondern gehören auch zur deutschen Realität.

Unsere Forderungen:

- Eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die, gestützt auf sozialen Dialog, prekäre Arbeitsverhältnisse und Scheinselbstständigkeit verhindert, gerechte Mindestlöhne garantiert, um die Prekarisierung heutiger und zukünftiger älterer Generationen zu verhindern.
- Die europaweite Umsetzung der von der SPE geforderten und inzwischen vom Ministerrat angenommenen viermonatigen Ausbildungsgarantie für Jugendliche.
- EU-weite Initiativen zur Einführung dualer Ausbildungssysteme, z.B. über eine staatliche und europäische Förderung von Ausbildungsplätzen abhängig von der Betriebsgröße.
- Berufseinsteigern (abgeschlossene berufliche Ausbildung oder Hochschulstudium) sollten sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze mit angemessener Bezahlung und beruflicher Zukunftsperspektive zur Verfügung stehen.
- Der Missbrauch von Praktika muss beendet werden. Praktika dürfen lediglich von kurzer Dauer sein und keinesfalls reguläre Arbeitsplätze ersetzen und so junge Menschen vom ersten Arbeitsmarkt fernhalten.

2. Ein starkes und handlungsfähiges Europa

Ein gerechtes und soziales Europa, ein wirtschaftlich starkes und ein nach innen und außen handlungsfähiges Europa bedingen sich gegenseitig. Spätestens seit der Finanz- und Bankenkrise ist klar, dass Europa wieder Vorreiter bei Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen werden muss, um den Menschen und vor allem seiner Jugend eine Perspektive und sichere Arbeitsplätze bieten zu können. Nur so können Wohlstand und sozialer Frieden erhalten und zugleich populistischen Strömungen vorgebeugt werden. Der künftige EU-Haushalt muss daher noch viel stärker auf Investitionen in die Zukunft ausgerichtet werden, d.h. auf Bildung, Forschung, Innovation.

Für eine Europäische Politik der industriellen Erneuerung

Wir brauchen eine Politik der industriellen Erneuerung, die bestehende EU-Initiativen unter einem Dach zusammenführt und in der ganzen EU greift. Die Europa 2020 Strategie hat hier einen guten Anfang gemacht, geht aber vor allem in der Umsetzung nicht weit genug.

Unsere Forderungen:

- Die Europäischen Forschungs- und Innovationsmittel wie auch die Regionalentwicklungsprogramme müssen stärker auf industrielle Erneuerung, wissensbasiertes Wachstum und globale Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet werden. Außerdem müssen sie dem Erfordernis der Nachhaltigkeit Rechnung tragen. Wir unterstützen grundsätzlich das Ziel, den Anteil der industriellen Wertschöpfung am EU-Bruttoinlandsprodukt klimaneutral von derzeit 16% bis 2020 auf 20% zu erhöhen.
- Die Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die durch die Finanz- und Bankenkrise in vielen Teilen Europas zusammengebrochen sind, müssen verbessert werden. Gewinne, die in die Realwirtschaft investiert werden, sind künftig steuerlich zu begünstigen.
- Darüber hinaus muss die EU mehr Mittel zur Modernisierung der Infrastruktur in den Bereichen Energie, Verkehr und Informationstechnologien bereitstellen. Die Finanzierung kann mit Hilfe einer Finanztransaktionssteuer und/oder einer Bankensteuer erfolgen.
- Die Europäischen Kooperationsprogramme, insbesondere in den Strukturfonds, sollten stärker auf den Aufbau industrieller Spitzencluster und europaweiter Innovationsplattformen ausgerichtet werden.
- Statt Einzelförderungen zu vergeben, sollte ein umfassender Ansatz gewählt werden, der z. B. Finanzierungen mit Beratungsdienstleistungen verbindet, sowie mit gesetzgeberischen Maßnahmen, die Anreize schaffen und Innovationsysteme verbessern.

Statt vorwiegend nicht rückzahlbare Zuschüsse zu vergeben, sollten mehr EU-Mittel in Finanzinstrumente fließen, um insbesondere Unternehmensgründern und KMU den Zugang zum Kapitalmarkt zu erleichtern.

- EU-Mittel sollten nicht dafür eingesetzt werden, Subventionswettkämpfe um Firmensiedlungen auszulösen, die oft nur in Mitnahmeeffekten resultieren, sondern sollten die langfristige Verankerung von Unternehmen in den Regionen stärken. Bei Firmensubventionen sollte sichergestellt werden, dass die Wertschöpfung in der jeweiligen Region, dem Land und der EU verbleibt.
- Innovations- und Leistungsfähigkeit werden auch durch strukturelle Aspekte bestimmt, wie z. B. Chancengleichheit und Gleichberechtigung in Gesellschaft, Organisationen und Unternehmen. Hier kann besonders die Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen wichtige Impulse geben.
- In diesem Zusammenhang ist die jüngste Initiative der Europäischen Kommission zu unterstützen, die Unternehmen verpflichtet will, den Frauenanteil in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen bis zum Jahr 2020 auf 40 Prozent zu erhöhen.

Für eine auf Zukunftsfelder ausgerichtete EU-Regionalpolitik

Der Europäischen Regional- bzw. Kohäsionspolitik kommt eine Schlüsselrolle bei der industriellen Erneuerung zu. Dafür müssen aber die Regionalhilfen durch die Mitgliedstaaten und Regionen gezielter und strategischer in die Stärkung nationaler und regionaler Innovationspotentiale investiert werden.

Unsere Forderungen:

- Die Regionalpolitik sollte schwerpunktmäßig Investitionen in Zukunftsfelder und Schlüsseltechnologien (bspw. Energie-, Bio-, Nanotechnologien) tätigen und innovative Standortstrategien unterstützen.
- Weil die Voraussetzungen und Chancen überall unterschiedlich sind, müssen die nötigen Investitionsprogramme „von unten“ entwickelt werden. Dies sollte im Dialog und unter Einbeziehung von Fachleuten (Vertreterinnen und Vertreter der Industrie- und Wirtschaftskluster, der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft, sowie der Universitäten und Forschungseinrichtungen) an Ort und Stelle erfolgen. Diese kennen am besten die Wachstumspotentiale und wissen, wo die Probleme und Chancen liegen.
- Gleichzeitig muss dort, wo es an den notwendigen Verwaltungskompetenzen fehlt, die EU stärker inhaltliche Verantwortung für die Programmgestaltung und -ausführung übernehmen, um dadurch Missbrauch und Fehlinvestitionen vorbeugen zu können.
- Grundsätzlich muss auch die Umsetzung der Programme und Projekte einfacher werden. Vor allem dort, wo verhältnismäßig wenig Mittel zum Einsatz kommen, müssen

der Verwaltungs- und Prüfaufwand seitens der EU und der Behörden in den Mitgliedstaaten reduziert werden. Insbesondere ist bei der Europäischen Beihilfenregelung auf eine echte Vereinfachung und ausgeweitete Freistellungsregelungen zu drängen, damit öffentliche und private Investitionen für Innovation und industriellen Wandel effektiv gebündelt werden können.

Für Investitionen in Klimaschutz, Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien

Klimaschutz, Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien sind nicht nur wichtige Katalysatoren für die industrielle Erneuerung, sondern werden in absehbarer Zukunft die Rahmenbedingungen für wettbewerbsfähige Investitionen bestimmen. Die von der rot-grünen Bundesregierung initiierte Förderung der erneuerbaren Energien hat 400.000 neue Arbeitsplätze geschaffen und zur Bildung der industriellen Grundlage der Energiewende beigetragen. Der Förderung der erneuerbaren Energien muss daher besondere Aufmerksamkeit zukommen, auch im Hinblick auf effiziente Ressourcenverwendung.

Unsere Forderungen:

- Unvermeidliche Investitionen in die Anpassung an den Klimawandel dürfen nicht verhindert oder aufgeschoben werden, um die Anpassungskosten nicht noch mehr in die Höhe zu treiben.
- Wettbewerbsverzerrungen zugunsten der fossilen und nuklearen Energieträger müssen abgeschafft werden, um die tatsächliche Wettbewerbsfähigkeit erneuerbarer Energien, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmenden Wettbewerbsdrucks aus Nicht- EU-Ländern nicht zu unterminieren.
- Die Deckelung von erneuerbaren Energien ist schädlich und anachronistisch. Sie muss schnellstmöglich abgeschafft werden.
- Investitionen in diesen Bereichen sollten flankiert werden durch eine Stimulierung von Nachfrage nach innovativen Produkten und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand, z.B. im Mobilitäts- und Energiebereich und bei den Öko-Innovationen. Hierzu sollten Anreize geboten und Initiativen zur europaweiten Bündelung der öffentlichen Nachfrage unterstützt werden.

Für mehr Koordination und Abstimmung in der Politikgestaltung und Umsetzung

Stärke und Handlungsfähigkeit bedingen klare und leistungsfähige institutionelle Strukturen und Abläufe. Für eine effiziente Politik der industriellen Erneuerung muss daher die ebenen- und ressortübergreifende Steuerung und Koordinierung verstärkt werden, vor allem zwischen Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Forschungspolitik, Umwelt- und Klimapolitik, Beschäftigungspolitik und Gleichstellungspolitik.

Unsere Forderungen:

- Auf EU-Ebene steht integrierten Ansätzen oftmals die Tatsache entgegen, dass das Kollegium der Europäischen Kommission aus 27 Kommissaren besteht, die die Aufteilung der Zuständigkeiten bestimmen. Dem muss entgegengewirkt werden, kurzfristig über verstärkte Kooperationsanstrengungen, mittelfristig durch strukturelle Reformen.
- Wir erwarten, dass die Ziele der Europa 2020 Strategie in den Feldern Beschäftigung, Bildung und soziale Eingliederung nicht nur die gleiche Wertschätzung erhalten wie die Wirtschaftsziele und die Nachhaltigkeit, sondern mit einem vergleichbaren Mittelansatz unterstützt/verfolgt werden. Gleichzeitig müssen sich aber auch die Europäischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme stärker an den kulturellen und sozialen Veränderungen der Gesellschaft und den zukünftigen Erfordernissen von Industrie- und Wirtschaftspolitik orientieren.
- Weil öffentliche Investitionen in Innovation und Schlüsseltechnologien mit dem Europäischen Beihilferecht in Einklang stehen müssen, sollte bei der beihilferechtlichen Bewertung solcher Investitionen durch die Europäische Kommission berücksichtigt werden, dass wir bei diesen Technologien global um Standorte konkurrieren und gleichartig restriktive Regelungen außerhalb Europas nicht existieren.

Für eine stärkere Kohärenz und Einheitlichkeit der EU-Außenbeziehungen

In Zeiten der Globalisierung werden die Staaten Europas ihre Werte und Interessen nur gemeinsam erfolgreich vertreten können. Daher muss die EU die Kohärenz und Einheitlichkeit ihres Auftretens nach außen erhöhen. Die starke wirtschaftliche Position Deutschlands in Europa hat die Erwartungen unserer internationalen Partner erhöht. Daher muss eine ambitionierte innenpolitische Reformagenda mit einer aktiven internationalen Politik flankiert und koordiniert werden.

Unsere Forderungen:

- Die Globalisierung verlangt eine aktive Außenpolitik ohne Renationalisierung. Deutschland braucht eine internationale Politik, die auf eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung setzt. In diesem Zusammenhang kann deutsche Außenpolitik nur europäische Außenpolitik sein.
- Wir brauchen einen umfassenden und integrierten Ansatz, der alle Komponenten des internationalen Profils der EU umfasst: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP), Handels- und Außenwirtschaftspolitik, Entwicklungshilfe, Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Migrationspolitik, Klimapolitik und Energie- und Ressourcensicherheit. Mittelfristig wollen wir die Einführung von Mehrheitsentscheidungen sowie eine Stärkung des Europäischen Parlaments in diesem Bereich. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass der

Europäische Auswärtige Dienst (EAD) seine Koordinationsfunktion besser wahrnehmen kann.

- Globale Märkte brauchen auch globale politische Ordnungsstrukturen. Im Umgang mit unseren internationalen Wirtschaftspartnern muss auf fairen Wettbewerb geachtet werden. Demokratische Grundrechte, Arbeitnehmerrechte und Umweltschutz sollten integraler Bestandteil der Handelsbeziehungen mit Drittländern sein.

3. Ein bürgernahes Europa

Die Europäische Union hat in den letzten 60 Jahren entscheidend dazu beigetragen, in Europa Frieden und Wohlstand zu schaffen. Zurzeit aber befindet sich die Europäische Union in einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise, die gerade die Schwächsten in unserer Gesellschaft belastet. Das Demokratie- und Legitimationsdefizit bestärkt die zunehmende Europaskepsis, die Wohlstandskluft zwischen den und innerhalb der Mitgliedstaaten vergrößert sich und populistische, europafeindliche Parteien verzeichnen vielerorts Zulauf.

Ein bürgernahes Europa ist die zentrale, politische Aufgabe, um ein gerechtes, starkes und handlungsfähiges Europa zu schaffen. Nur in einem bürgernahen Europa kann sich langfristig ein Zusammengehörigkeitsgefühl aller europäischer Bürger und Bürgerinnen entwickeln.

Unsere Forderungen:

- Mehr Bürgernähe bedeutet insbesondere eine klarere Kommunikation über die EU, ihre Zuständigkeiten und Handlungsmöglichkeiten. Insbesondere sollte betont werden, dass das Europäische Parlament unmittelbar und allgemein gewählt wird und dass die demokratisch gewählten nationalen Regierungen im EU-Entscheidungsprozess eine zentrale Rolle spielen. Die Personalisierung des nächsten Europawahlkampfes kann dazu beitragen, die Legitimation der Institutionen zu stärken und neue Identifikationsmöglichkeiten zu schaffen. Politische Parteien sollten deshalb Spitzenkandidaten oder -kandidatinnen (für das Amt des Kommissionspräsidenten) aufstellen und für verstärkte Zusammenarbeit zwischen EU- und nationalen Parlamentariern sorgen.
- EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in Deutschland ansässig sind, sollten neben dem existierenden Kommunal- und Europawahlrecht auch an Landtagswahlen teilnehmen können. Auch im EU-Ausland ansässige Deutsche sollten, wenn ihnen dort das Regionalwahlrecht verwehrt wird, weiterhin an deutschen Landtagswahlen teilnehmen dürfen.

- Mittelfristig sollten alle Menschen mit einem dauerhaften Lebensmittelpunkt in Deutschland ungeachtet ihrer Nationalität Unionsbürgern gleichgestellte kommunale und regionale Wahlrechte haben.
- Die EU-Delegationen sollten eine stärkere Rolle beim konsularischen Schutz der Bürgerinnen und Bürger wahrnehmen, insbesondere für diejenigen, deren Heimatstaat keine Vertretung unterhält, sowie in Krisensituationen. Dies würde zu Synergieeffekten und Einsparungsmöglichkeiten führen und die Unionsbürgerschaft aufwerten.
- Die Europäische Union und ihre Funktionsweise sollten integraler Bestandteil des Schulunterrichts sein. Entsprechende Fortbildungsmaßnahmen für Akteure der Bildung sollten auch im Sinne des lebenslangen Lernens verstärkt werden.
- Die Entwicklung und Förderung von Projekten der Zusammenarbeit bei den Ausbildungsplänen in der beruflichen Bildung.
- Zivilgesellschaftlicher Dialog und bürgerschaftliches Engagement auf europäischer und nationaler Ebene sollen im Sinne partizipativer Demokratie gestärkt werden. Hierzu kann insbesondere das Instrument des europäischen Bürgerbegehrens genutzt werden.